



Vom Konjunktiv zum Imperativ

Der ÖPNV-Ausschuss des Kreistags berät den Entwurf für einen neuen Nahverkehrsplan

Vor zehn Jahren ...

„... war der Generalsekretär der Niedersachsen-CDU, Friedrich-Otto Ripke, zu Gast beim Dannenberger Landvolk. Während der Jahreshauptversammlung sprach er sich gegen den Vorschlag der Europäischen Union für eine von der Produktion entkoppelte Betriebspromänie aus. Die Landesregierung in Hannover forderte eine einheitliche Flächennorm für Grünland und Acker, betonte Ripke. Die Prämien für Milchbauern sollten möglichst lange erhalten bleiben.“

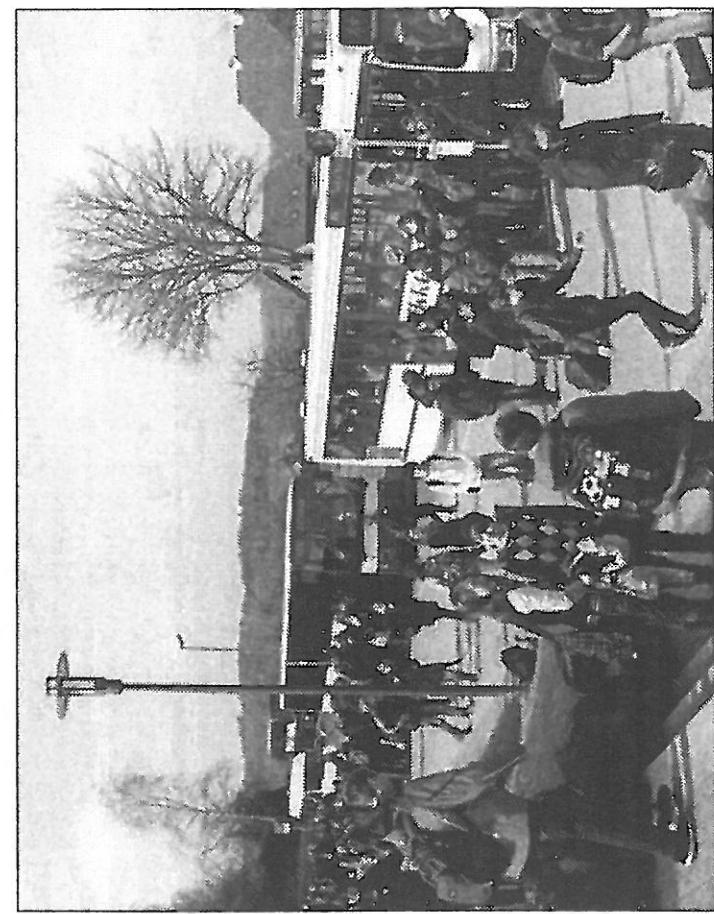
Eckpunkte auf 110 Seiten

l Lüchow. Das Ideal: „Das Bedienungsangebot soll sich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den raumstrukturellen Erfordernissen richten.“ Die Realität: Alle Verbesserungen müssen „unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit gestellt werden“.

Zwei Sätze aus dem Entwurf des neuen Nahverkehrsplanes für Lüchow-Dannenberg, zwei Sätze, die das Fehlen von Gestaltungsspielräumen verdeutlichen, zwei Sätze, die geeignet sind, an der Sinnhaftigkeit eines solchen Vorhabens zweifeln zu lassen. Am Donnerstag stellte Verkehrsplaner Jochim Sachs von der Verkehrsgesellschaft Nordostniedersachsen im Kreishaus in Lüchow den Entwurf im Kreistagsausschuss für öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vor. Auf 110 Seiten nennt das Papier Eckpunkte für dessen Gestaltung in der Zeit bis 2018.

Das Wetter zwischen Elbe und Drawehn

Ein leichter Zwischenholzhochwasser bringt Lüchow-Dannenberg einen trocken, aber überwiegend grauen Tag mit leicht sinkenden Temperaturen. Schneeschieber und Streusalz können trotzdem im Keller bleiben, denn die viel zu milde Witterung hält weiterhin an, verspricht EJZ-Wettermann Reinhard Zakrajewski. Die wenigen möglichen Lichtblitze konzentrieren sich auf die Mittagsstunden. Maximal sechs Grad bringt der Tag, null Grad die zeitweise klare Nacht.



Aufn.: K.-F. Kassel

Anlage zur Vorlage 30/754/2014

Der Schülerverkehr soll im Kreis „höchste Priorität“ genießen, heißt es im Entwurf für den Nahverkehrsplan 2018, der den Mitgliedern des ÖPNV-Ausschusses vorgestellt wurde.

Mit diesem Punkt reagiert der Entwurf für den Nahverkehrsplan auf das Problem, wie „flächendeckende Mobilität wirtschaftlich“ gestaltet werden kann. Angesichts sinkender Schülerzahlen braucht der Kreis aber einen „Systemwechsel, der bezahlbar ist“, forderte Thorsten Hensel vom Fahrgastrat, beratendes Ausschussmitglied. Aber auch die Kosten zum Beispiel für Rufbusse sollten nicht unterschätzt werden, warnte Joachim Sachs. In jedem Fall aber wird für die Sicherung der Schülerbeförderung die „höchste Priorität“ festgeschrieben, stellt das Papier in der Einleitung von Dannenberg nach Lüchow künftig eine hohe statt einer mittleren Priorität gegenüber. Eine grundsätzliche Veränderung, die Möglichkeit zur Mit-

nahme von Fahrrädern soll „zur Regel werden“, Orte mit mehr als 50 und weniger als 200 Einwohnern sollen mit mindestens drei Fahrten pro Tag und Richtung an die jeweiligen Grundzentren angebunden werden. Und die Tarife sind künftig „entsprechend sozialer Bedürfnisse und ökologische Anreize bietend weiterzuentwickeln.“ Eine weitere zumindest verbale Festlegung ist, dass abends, am Wochenende und in den Schulferien „nachfrageorientierte Angebote einzuführen sind“ und zwar im Rahmen eines „landkreisweiten Konzeptes“. Das soll mit hoher statt mit mittlerer Priorität geschehen.

„Bezahlbarer Systemwechsel“

Der Schülerverkehr soll im Kreis „höchste Priorität“ genießen, heißt es im Entwurf für den Nahverkehrsplan 2018, der den Mitgliedern des ÖPNV-Ausschusses vorgestellt wurde.

Auch andere Konfliktfelder wurden in der Diskussion deutlich, die eine optimale Gestaltung von ÖPNV wohl nicht eben erleichtern werden. So werde die Tarifreue-Regelung des Landes „viel Geld kosten“, sagte Sachs.

troffen eine Prioritätenliste für barrierefreie Haltestellen erstellen soll. Der soll auch nach technischen Alternativen wie Liften in Hochflurbussen suchen.

undenkbar sei es etwa, dass sämtliche Haltestellen barrierefrei gestaltet werden müssten,

unabhängig von der Häufigkeit, mit der sie bedient werden. Das schließe auch die Wege dorthin

ein, sagte Sachs weiter – auch die Straßenbaulastträger müssen die vom Gesetzgeber geforderte Realisierung komplett Barrierefreiheit bis 2022. Was das konkret bedeutet, sei derzeit noch offen, informierte Sachs. Es sei mit „massiven Auswirkungen“ zu rechnen, keinesfalls sei garantiert, dass bereits getroffene Schritte wie der Einsatz von Niedelflurbussen oder die Ausstattung von Bushaltestellen mit passenden Bordkatalog fest.

Eine grundsätzliche Verän-